

Rote Spritze

Information des Branchenaktives Gesundheitswesen der DKP
03|2019

Patientendaten – Konzerne wittern das ganz große Geschäft **Das können Sie sich spar'n, Herr Spahn**

Die Stuttgarter Zeitung zitierte am 16.2.2019 Unternehmensberater von Mc Kinsey: „Europäisches Gesundheitswesen – eine goldene Gelegenheit für private Equity – mit höheren Renditen als in den meisten anderen Industrien“. „Private Investoren steigen in den deutschen Gesundheitsmarkt ein“:

Prof. Unschuld, Charité: „Da sprechen wir von 16 oder 18%“. „Ja, auch kommunale Träger haben die Erwartung, dass ein Krankenhaus Gewinn abwirft. Es ist eine grundsätzliche Tendenz da, so wenig Steuergelder wie möglich ins Gesundheitswesen einzubringen, aber so viel wie möglich herauszuholen.“

Was bereits passiert ist:

Seit 1990 breitet sich nicht nur die SANA-AG (=Zusammenschluss privater Krankenkassen) in den Stuttgarter Krankenhäusern immer weiter aus (diese hat sich die Herzchirurgie auf dem Gelände des Katharinenhospitals als sprudelnde Einnahmequelle gesichert und sich drei weitere Krankenhäuser in Stgt. dazu organisiert). Auch SAP, IBM, Siemens und viele andere IT-Firmen

haben sich in den Kliniken festgesetzt und unentbehrlich gemacht – sowohl in der Medizintechnik als auch in der Verwaltung und der Abrechnung mit den Krankenkassen. Die Ausgaben der Kliniken für EDV liegen bei 2 – 8% des Gesamtbudgets im Jahr und umgerechnet fürs Klinikum Stuttgart also in der Größenordnung von 100 Pflegekraftstellen.

Das TSVG ist ein Datenenteignungsgesetz

In dieser Situation treibt Gesundheitsminister Spahn mit seinem „Terminservice und Versorgungsgesetz“ (TSVG) die Digitalisierung und Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen weit voran. Das TSVG verpflichtet die Krankenkassen, bis 2021 all ihren Mitgliedern eine individuelle elektronische Patientenakte zur Verfügung zu stellen. Diese ePA soll auch auf Smartphones und Tablets einsehbar sein, nicht nur beim Haus- oder Facharzt, sondern bei allen, die ein „berechtigtes Interesse“ an unseren Gesundheitsdaten haben könnten.

Fortsetzung Seite 2

DER MARKTGERECHTE PATIENT IN DER KRANKENHAUSFABRIK

Ein Film von unten
von
Leslie Franke und
Herdolor Lorenz



- Das Stuttgarter Bündnis für mehr Krankenhauspersonal,
- der Personalrat
- und die ver.di-Betriebsgruppe des Stuttgarter Klinikums

zeigen zweimal den Film

„Der marktgerechte Patient“

- Wann? am 7. März
um 14.30 Uhr und
um 16.30 Uhr
mit anschließender Diskussion
- Wo? im Klinikum Stuttgart
Standort Mitte
Dienstleistungszentrum EG
Killesberg- und Kriegsbergeraum

Datensicherheit?

64% der Kliniken wurden bereits gehackt;
 Norwegen: 3 Mio ePatientenakten gestohlen;
 USA: 2013-2017: 363 Datenlecks gefunden, 30 Mio ePA/Jahr gestohlen (130 702 378 insgesamt);
 Dänemark: Zwei CD's mit den Gesundheitsdaten der gesamten Bevölkerung in der Visumstelle der Chinesischen Botschaft gelandet.

Unter media.ccc.de wird gezeigt, wie man als Hacker in Gesundheitssapps und ePAs einbrechen kann, selbst bei 2-Fakoren-Verschlüsselung.

Wer hat an sowas ein Interesse?

Aus „Handelsblatt“ Anfang 2019: „Apple will in der Gesundheit bald schon eine ebenso große Rolle spielen, wie in der Musikindustrie“ ... Microsoft-Chef Nadella bezeichnet das Gesundheitswesen als „die dringlichste Anwendung für KI (Künstliche Intelligenz)“ „Nicht nur Pharmakonzerne wie ROCHE und IT-Unternehmen wie Microsoft mischen in diesem Zukunftsmarkt mit“ ... „der Darmstädter Merck-Konzern“ ... Herr Schwan, Chef des Schweizer Pharmakonzerns Roche: „Die klinischen Studien

liefern der Pharmaindustrie zwar schon enorme Datenmengen – diese repräsentieren aber letztlich nur etwa 4% aller Daten, die im Gesundheitswesen insgesamt generiert werden“ ...

Der Patient als Gold-Daten-Esel?

Profitwirtschaft im Gesundheitswesen gehört endlich verboten – Gesundheit ist keine Ware und meine Daten gehören mir!



Pflege statt Panzer!

Etikettenschwindel

Gegen den Personalmangel in den Krankenhäusern liefert Herr Spahn kaum ein Feigenblatt. Auch wenn in der Pflege nun ein Jahr lang alle zusätzliche Personalkapazität auch bezahlt werden soll – die 25 % am schlechtesten ausgestatteten Kliniken als Maß für die gesetzliche Personal-Untergrenze zu machen, ist ein Anreiz zu weiteren Personaleinsparungen statt umgekehrt.

In der Rüstung sind sie fix ...

Der Bundeshaushalt für das Gesundheitswesen (der Haushalt für Heilen und Gebären) steigt gerade mal um 0,4%, aber Frau von der Leyen (ganz Nato-Musterschülerin) erhöht der Rüstungshaushalt (den Haushalt für Verletzen und Töten) um 12%.

Für die Pflege tun sie (fast) nix!

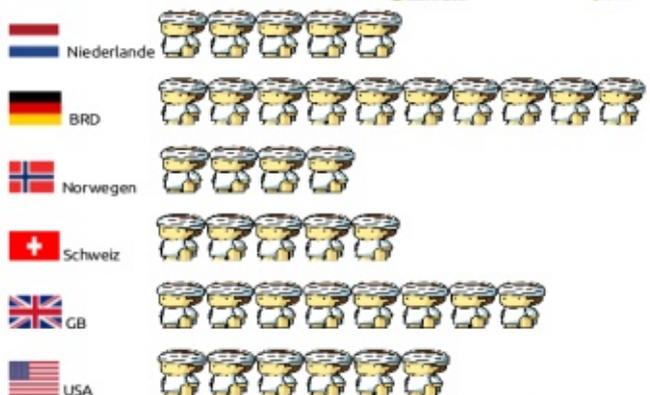
Der Gesundheitshaushalt müsste um 12% steigen, der Rüstungshaushalt sinken! Mehr Geld für die Pflege ist dringend nötig! Damit mehr Pflegekräfte gewonnen werden können, müssen nämlich deren schlechte Arbeitsbedingungen besser werden. Wie schlecht diese sind (wie groß der Verbesserungsbedarf ist), beschreibt sogar der Pflegebeauftragte im Gesundheitsministerium. Er hält Folgendes für nötig:

30% Gehaltserhöhung / 80% arbeiten bei 100%

Lohn / mehr Ausbildungsplätze für Pflegepersonal beruflich und akademisch / 3000 - 5000 Euro „Rückkehrprämie“ für Berufsrückkehrer. Da müssten doch eigentlich Herrn Spahn die Ohren dröhnen.

162000 Arbeitskräfte fehlen in unseren Kliniken

INTERNATIONALER VERGLEICH:
 So viele Patienten muss eine Pflegekraft in der Tagesschicht versorgen ...



PERSONALMANGEL TÖTET

Nur 1 PatientIn mehr pro Pflegekraft (z.B. 7 statt 6) erhöht die Wahrscheinlichkeit für stationäre PatientInnen, innerhalb der ersten 30 Tage nach Aufnahme im Krankenhaus zu sterben, um 7 Prozent (Aiken 2014).

Pflegenotstand macht Menschen kaputt

Das hat sich inzwischen herumgesprochen.

In Deutschland muss eine Pflegekraft pro Tagschicht im Durchschnitt zehn PatientInnen betreuen. In England sind es nur acht Patientinnen, in den Niederlanden und in der Schweiz sogar nur fünf.

Die Patienten...

Mit jedem zusätzlich zu betreuenden Patienten steigt das Sterberisiko um 7%. Das Risiko im Rahmen einer Krankenhausbehandlung zu versterben, liegt in Deutschland um rund 35% höher als in der Schweiz (RN4Cast-Studie). Auch nachhaltige gesundheitliche Beeinträchtigungen sind oft Folgen unzulänglicher Versorgung.

... und die Beschäftigten

Fast Jede/r von uns versucht durch persönliches Verhalten den Notstand zu entschärfen. Wir klotzen ran, auch wenn es über unsere Kräfte geht. Wir springen aus dem Frei ein, auch wenn wir die Freizeit dringend nötig hätten. Wir arbeiten auch in den Pausen. Teilweise bleiben Gesundheitsschutz und Hygienevorschriften auf der Strecke. Viele sind an der Grenze zum Burnout. Viele macht die Überlastung krank, was wiederum die Unterbesetzung verschärft. Teilweise machen wir uns selber und uns gegenseitig Vorwürfe, wenn/und weil das alles nicht reicht. Aber die Ursachen für den Pflegenotstand liegen nicht im persönlichen Verhalten Einzelner.

Es geht also nicht um das Verhalten, sondern um die Verhältnisse.

Nicht das Verhalten der Beschäftigten - die Verhältnisse müssen verändert werden.

Bis Ende 1984 war es in Deutschland verboten, dass Krankenhäuser Gewinne machen. Sie wurden als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden und (ohne Konkurrenzdruck) finanziert. Seit der Einführung der Fallpauschalen werden Krankheiten nun nicht mehr nach dem erforderlichen Aufwand, sondern nach Pauschalsummen abgerechnet. Wer als Patient mehr braucht, um gesund zu werden, oder als Arzt mehr gibt, um zu heilen, kann Probleme bekommen.

Aber im Kapitalismus bleibt auf Dauer nichts davor bewahrt, der Profitlogik ausgeliefert zu werden.

„Erlösrelevanz“- Maßstab aller Dinge?

„Erlösrelevanz“ heißt das neue Schlagwort der Manager. Hier wurde die Sparschraube seit der Kommerzialisierung der Krankenhäuser so brutal angezogen, dass Tausende entweder

Erlösrelevant sind aber vor allem auch die Personalkosten im Pflegebereich.

ganz aus dem Beruf geflohen sind, oder in Teilzeit, um die Belastungen überhaupt noch aushalten zu können. Der Pflege-„Stellenmarkt“ ist so leergefegt, dass Herr Spahn locker verkünden kann, jede zusätzliche „Stelle am Bett“ würde bezahlt. Das gleicht Einem der (nachdem der Markt verlaufen ist) ruft: „Freibier für Alle“ (wenn er weiß, dass sowieso niemand mehr kommt).

Wer dem Pflegenotstand wirklich Herr werden will muss den Beruf attraktiv machen: die Bezahlung, die Arbeitszeit, die Verlässlichkeit der Schichtenteilung und natürlich die Personalbemessung.

Wir müssen Menschen gesundpflegen können, ohne uns selber krank zu machen.



So können/und müssen „Berufs- und Teilzeit-Flüchtlinge“ wieder zurückgewonnen werden. So können/und müssen neue Kolleginnen und Kollegen für den Pflegeberuf begeistert werden.

Das aber erfordert eine Gesellschaft, in der die menschenverachtende Profitdominanz insgesamt überwunden wird.

Das wird aber nur gehen, wenn nicht der „Erlös“ sondern der Mensch zum Maßstab aller Entscheidungen gemacht wird.

Es ist eine Systemfrage



Vi.S.d.P.
DKP Stuttgart
Betriebsaktiv Gesundheitswesen
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
Manfred Jansen

DKP beschließt Kampagne für Entlastung.

Zusammen kämpfen für eine bedarfsgerechte Pflege! Gegen Privatisierung und Profite!

In seiner Sitzung vom 2. Februar 2019 hat der DKP-Bezirksvorstand Baden-Württemberg beschlossen, in einer Kampagne gegen den Pflegenotstand die Krankenhausbeschäftigten zu unterstützen.

In dem Aufruf wird festgestellt, dass die Erfolge, die in den Streiks bei der Charité in Berlin, in den Krankenhäusern des Saarlandes, an den Uni-Kliniken in Baden-Württemberg und in Essen und Düsseldorf erzielt wurden, seitens der Krankenhausbetreiber gleich wieder infrage gestellt werden. Der Druck muss verstärkt werden, um dauerhafte Fortschritte zu erkämpfen.

In dem Aufruf heißt es:

Während im Bundeshaushalt für Heilen und Gebären 2019 gerade mal 0,4% mehr vorgesehen sind, wird der Rüstungsetat um 12,1% erhöht. Für Panzer ist Geld da, bei der Pflege fehlt es.

Gemeinsam kämpfen für eine bessere Pflege

Die Beschäftigten in den Kliniken und ihre Gewerkschaften haben gute Möglichkeiten, mit Streiks ihre Lage zu verbessern. Sie können dabei von außen unterstützt werden auch über die Möglichkeit eines Baden-Württemberger Volksbegehrens für bessere Pflege. Dazu braucht es viel Unterstützung vor allem auch aus den anderen Gewerkschaften und allen gesellschaftlichen Organisationen.

Die DKP ergreift im Vorfeld der Gemeinderats- und Europawahlen die Initiative, diese Kämpfe jetzt zu verstärken, sich landesweit und regional zusammenschließen, die örtlichen Pflegebündnisse zu unterstützen

Als Auftakt haben wir den 8. März, den internationalen Frauentag, gewählt, da die Mehrzahl der Pflegekräfte Frauen sind, der Pflegenotstand also weiblich ist.

Häufig sind die betroffenen Frauen noch zusätzlich durch die Mehrbelastungen von Familie und Haushalt extrem gefordert. Ihr Aufbegehren verdient nicht nur am 8. März die Hochachtung aller arbeitenden Menschen.

Wer vom kranken Gesundheitssystem spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.

Die bisherigen Tarifvereinbarungen zur Verbesserung der Pflege sind von den Krankenhausbetreibern schon in Frage gestellt worden, da war die Tinte noch nicht getrocknet.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass versucht wird, die Kosten auf die

Allgemeinheit abzuwälzen, z.B. über Steuergeschenke an die Krankenhäuser.

Erfolge innerhalb des Kapitalismus sind vorübergehend und müssen verteidigt werden, aber dieses System und seine Regierung in Berlin sind nicht in der Lage, die Probleme, die sie selbst schaffen, grundsätzlich zu lösen.

Es braucht deshalb nicht nur eine neue Regierung, sondern ein neues Gesellschaftssystem, erreicht und getragen von der Mehrheit der Menschen in unserem Lande.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht die Profit- und Machtinteressen weniger Konzerne und einer Handvoll superreicher Familienclans. Eine Gesellschaft, in der die Gesundheit, gute Bildung, eine vernünftige Wohnung und eine befriedigende Arbeit für die Vielen von uns Priorität hat. Wir Kommunistinnen und Kommunisten nennen diese Gesellschaft Sozialismus.

Internationaler Frauentag

DKP Waldheim Gaisburg SDAJ
Friedrich-Westmayer-Haus

VERANSTALTUNG
Samstag
9. März 2019
14 Uhr

Stuttgart
Waldheim Gaisburg
Friedrich-Westmayer-Haus
Obere Neue Halde 1

SOLIDARITÄT
mit den kämpfenden KollegInnen für eine bedarfsgerechte Personalausstattung in der Pflege

60 JAHRE KUBANISCHE REVOLUTION
Ivet Lopez, erste Sekretärin der kubanischen Botschaft, berichtet über das Gesundheitswesen in Kuba

PFLEGE RETTET - RÜSTUNG TÖTET!
Jetzt streikt's

Internationaler Gesundheitstourismus als Wirtschaftsfaktor

Skandale um die „International Unit“ (IU) des Klinikums

Die Idee ist ganz einfach:

Da die Krankenhausfinanzierung hierzulande nicht ausreicht um die Aufgaben zu erledigen, sucht man wohlhabende, ausländische Patienten, die dann übersteuert behandelt werden, um die Löcher zu stopfen. Wer kann sich schon rote Zahlen leisten?

„Das Geschäftsmodell schließt nicht ein, dass man kriminell wird. Der damalige OB Wolfgang Schuster und ich haben dieses Modell für die Stadt gut gefunden.“, so Murawski, bis 2011 Krankenhausbürgermeister.

Aber: Nach Darstellung der Deutschen Stiftung Patientenschutz ist der Markt um wohlhabende ausländische Patienten umkämpft: „Das ist ein Einfallstor für organisierte Kriminalität.“

Nicht ausschließlich ein grüner Sumpf

Im Mittelpunkt des Verdachts stehen viele:

- Von den Grünen der ehemalige Leiter der IU Braun (bis 2016 Landesvorsitzender der Grünen),
- Murawski (bis 2011 Krankenhausbürgermeister),
- Wölfle (Krankenhausbürgermeister 2011-2016)
- und OB Kuhn (seit 2013 OB).

Vom Klinikum außerdem

- der ehemalige Geschäftsführer Schmitz (bis 2016),
- die ehemaligen Ärztlichen Direktoren Krier und Graf, sowie weitere Personen.

Die Staatsanwaltschaft Stuttgart spricht von 21 Verdächtigen, neun aus dem Klinikum und zwölf externe Dienstleister, u.a. Health Care Management, Lybia Consulting Logistic, Arab-German-Center, Arentz Consulting.

Die Presse titelte: „Kriminelles Netzwerk am Klinikum Stuttgart aufgedeckt“ oder „Millionen für Bakschisch“.

Die Vorwürfe: Untreue, Betrug, Bestechung, Bilanzmanipulationen, Unterschlagung.

Aufklärung und Transparenz

Während die politisch Verantwortlichen, wie immer, wenn etwas rauskommt, Aufklärung und Transparenz versprechen (Wölfle 2016: „Wichtig ist die lückenlose Aufklärung der Vorgänge früherer Jahre“; Föll, CDU-Krankenhausbürgermeister 2016-2018: „Wir sind bis in den letzten Winkel hinein transparent“) sieht die Realität anders aus.

Als der Gemeinderat über die Abfindung für den ehemaligen Geschäftsführer des Klinikums Schmitz diskutierte, hatten zuvor Kuhn, Wölfle und Föll entschieden „... dass die Erkenntnisse des Rechnungsprüfungsamts, das die Arabiengeschäfte der Klinik untersucht hat, den Stadträten bei der Entscheidung über Trennung von Schmitz nicht vorgelegt wird“ (Südwest Presse 22.3.2018).

Die Geschäfte

„Der gesamte Fall erinnere ihn an einen Mafiafilm“ (so Föll laut Stuttgarter Presse am 25.04.2019)

Libyen: Der ehemalige Geschäftsführer des Klinikums Schmitz hatte einen Vertrag mit der libyschen Übergangs-Regierung zur Behandlung von ca. 370 Kriegsversehrten dem IU-Leiter Braun überlassen, der den Kontrakt ohne Vollmacht unterschrieb.

Dabei waren 26 Millionen Euro (ca. 30% des Auftragsvolumens) für Vermittlerprovisionen vorgesehen.

Kuwait: Im Kuwait-Geschäft, das den Aufbau einer Orthopädie in Kuwait mit Unterstützung von Stuttgarter

Ärzt/innen vorsah, waren 20 Millionen Euro (von insgesamt 46 Millionen Euro) für Provisionen vorgesehen.

Bei diesem Auftragsvolumen hätte der Gemeinderat einbezogen werden müssen.

Bereits 2011 bekam Wölfle von Braun eine E-Mail, dass das Geschäft „sozusagen arabisch kalkuliert“ sei, im Februar 2014 mailte Braun dann „Lieber Werner [Wölfle], wie auch immer es gelaufen ist, danke!!!“

Übersteuerte Rechnungen: Geschädigte sind, laut Staatsanwaltschaft, das Klinikum und die Rechnungsempfänger für ausländische Patienten, die v.a. aus Libyen, Kuwait, Saudi-Arabien, Oman und den VAE kamen.

Der ehemalige Botschafter Libyens Kwideer behauptete, dass weit überhöhte Rechnungen für Chefarztbehandlung und stationäre Unterbringung gestellt wurden.

Saudi-Arabien: Im Oktober 2014 war der saudische Botschafter „Keynote Speaker“ bei der Tagung „Internationaler Gesundheitstourismus als Wirtschaftsfaktor“.

(Veranstalter: Landesstiftung Baden-Württemberg und das Klinikum.)

Wer ist verantwortlich?

Die Einzelheiten, wer von den Verdächtigen, wann, was und mit wem genau verbrochen hat, ist sicher aus juristischer Sicht interessant.

Interessanter ist, dass dieses Wirtschaftssystem (dessen einziges Ziel der Profit ist) überall immer wieder und scheinbar von ganz alleine Personen hervorbringt, die mit ihrem Handeln beweisen, wie weit die Verinnerlichung der Logik kapitalistischer Produktionsweise fortgeschritten ist.

Es geht nur ums Geschäft.

Angeklagt gehört das System

Dass sich die Reichen und Mächtigen der Welt die beste Gesundheitsversorgung kaufen können, während es für die Armen meist nicht nur an einfachster Gesundheitsversorgung, sondern auch an Nahrung und sauberem Wasser fehlt, ist nicht Neues im Kapitalismus.

Dass zur Behandlung ins Klinikum nicht diejenigen kommen, die in ihren Heimatländern geschunden, gequält und gefoltert wurden (die haben nämlich weder das Geld dazu, noch hätten sie in den meisten Fällen überhaupt eine Chance, nur als Flüchtlinge hierher zu kommen), sondern vor allem die wohlhabenden, wohlhabenden „Leistungsträger“, die in ihrem Land mutmaßlich nicht nur geringe Verantwortung für die Zustände dort tragen, dürfte auch niemandem neu sein.

Geschäfte sind das eine – von Moral und politischer Verantwortung kann man sich nun mal nichts kaufen.

Außerdem macht auch die Bundesregierung beste Geschäfte mit Saudi-Arabien. Da geht es um Fluggeräte, Kleinwaffen, Munition, Fahrzeuge, Panzer, Feuerleittechnik und andere „völlig harmlose“ Exportgüter.

Geld stinkt und blutet eben nicht.

Wer sich darüber wundert, versteht nichts von unserem Wirtschaftssystem, wer sich aufregt und dies auch kundtut, hat schon einen ersten Schritt zu dessen Überwindung gemacht.

Weitere Ausgaben der Roten Sprite sowie Informationen zur DKP unter:
www.dkp-stuttgart.org



DKP-INFO 2/2019

SOLIDARITÄTS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

NEIN ZUM PUTSCH IN VENEZUELA!

Nach den USA und rechtsgerichteten Regierungen in Lateinamerika hat sich auch die EU – im Gegensatz zu China und Russland – an die Seite der Putschisten in Venezuela gestellt. Die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Spaniens haben den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro aufgefordert, innerhalb von acht Tagen Neuwahlen anzukündigen.

Sollte er diesem Ultimatum nicht nachkommen, will sie den Konservativen Juan Guaidó als Präsidenten anerkennen. Dieser hat sich am 23. Januar ohne

Mit der Unterstützung dieses offensichtlichen Putsches soll die demokratische Ordnung Venezuelas, die sich durch unzählige Wahlen und Referenden seit 1999 entwickelt hat, mit äußerer Einmischung und Gewalt beendet werden.

SOLIDARITÄT MIT MADURO!

Die USA versuchen seit Jahren den Willen des venezolanischen Volkes, seinen Weg eigenständig und unabhängig von den Diktaten des US-Imperialismus zu bestimmen, zu brechen.



Dass die Selbstermächtigung Guaidós nach der Amtseinführung des rechtsextremistischen Präsidenten Brasiliens, des wichtigsten und größten Nachbarlands Venezuelas, erfolgte, lässt aber auch befürchten, dass eine militärische Intervention ins Auge gefasst wird.

Die Situation ist brandgefährlich und hat bereits jetzt etliche Todesopfer gefordert.

Die Kampagne gegen die Regierung Venezuelas erinnert an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende nahm.

In dieser Situation sind alle Demokraten aufgefordert, den Kriegstreibern und Putschisten in den Arm zu fallen und die legitime Regierung des bolivarianischen Präsidenten Nicolás Maduro zu unterstützen.



Nürnberg, 26. 1. 19

jegliche Legitimität selbst zum Interimspräsidenten des Landes erklärt. Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat umgehend erklärt: „Wir sind nicht neutral, wir stehen auf der Seite von Guaidó.“

Putsch- und Mordversuche, Destabilisierung, Sanktionen und Desinformation haben bislang nicht zum gewünschten Regime-Change geführt. Nun wird erneut ein Bürgerkrieg angefacht.